Redaktion, Administration u. Druckerei:
Kolowratring, Fichtegasse Nr. 11.
Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen und Manuskripte in keinem Falle zurückgesendet.

Ankündigungs-Bureau:
Stadt, Wollzeile 20. Insertionspreis nach Tarif. Inserate übernehmen: Witzek, Ann.-Exp. in **Prag** und **Brünn**; Jos. A. Kienreich, Inseraten-Exp. in **Graz**; J. Blockner, J. Leopold, Jos. Schwarz, Ann.-Exp. in **Budapest**; im Auslande: John F. Jones & Co. in **Paris**, 31 bis, Rue du Faubourg Montmartre; Rudolf Mosse in **Berlin, München, Leipzig**; Haasenstein & Vogler in **Hamburg, Berlin, Frankfurt a. M.** u. **Basel**; Heinrich Eisler, Ann.-Exp. in **Hamburg**; Orell Füßli & Co. in **Zürich** u. **Basel**; Neyrond & Sons in **London**; Vertreter für Deutschland, Frankreich, England, Italien etc.: Saarbachs News Exchange, Mainz u. Köln a. Rh.

Abonnement für Wien:
Mit tägl. zweimal. Zustell. ins Haus: Ganzj. K. 30.40, monatl. K. 4.20.
Zum Abholen im Hauptverlage Wollzeile 20 oder Fichtegasse 11: Ganzj. K. 43.20, monatl. K 3.60.
Einzeln: Morgenblatt 12 H., Abendblatt 6 H., Nachmittagblatt am Montag und nach zwei Feiertagen 12 H.
Für **Deutschland** einzeln: Morgen- u. Abendblatt 40 Pf. Morgen- und Nachmittagblatt allein je 30 Pf. Abendblatt allein je 15 Pf.

Neue Freie Presse.

Morgenblatt.

Abonnement für das Inland:
Mit tägl. einmal. Postversendung: Ganzj. K. 30, halbj. K. 28, viertelj. K. 14. Mit tägl. zweimal. Postversend.: Ganzj. K. 64, halbj. K. 32, viertelj. K. 16.

Abonnement für das Ausland:
Vierteljährig:
Bei uns (Kreuzband-Versend.): **Deutschland, Serbien** K. 20, f. Staaten d. **Weltpostvereines** K 22. Bei den **Postämtern** in **Deutschland** M. 11.15, **Schweiz** Fr. 14.05, **Belgien** Fr. 15.90, **Italien** L. 14.45, **Rumänien** Fr. 15.95, **Serbien** Fr. 18.80, **Bulgarien** Fr. 15.25, **Russland** R. 5.30, **Griechenland** (b. d. Buchh. Beck & Barth u. C. Eleftheroudakis, Athen od. k. k. Zeitgs.-Exp. in Triest) u. Europ. **Türkei** K. 15.65, Asiat. **Türkei** K. 17.45, **Aegypten** Fr. 18.22, **Dänemark** skand. K. 11.25, **Norwegen** skand. K. 10.50, **Holland** F. 2.—. Bei den Agenturen in **Italien**: Saarbachs News Exch., Mailand, 2. Gnat. Modena, Loescher & Co., Rom Fr. 23.50; **Frankreich**: Saarbachs News Exch., Paris, 146, Faubourg St. Denis, Agence Havas, Paris Fr. 23.50; **England**: Saarbachs News Exch., London, 16, John Street, Adelphi Strand W. C., A. Siegle, 30, Lime-Street E.C., London, sh. 19; **Nordamerika**: E. Steiger, 25 Park-Place, G. E. Stechert, 151—155 West 25th St., L. A. Rosswang, 87, Second-Avenue in Newyork, Doll. 6.40. Vertreter für das gesamte Ausland: Saarbachs News Exchange, G. m. b. H., Mainz.
Für die an Agenten, Austräger oder Verschleisser bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.

Nr. 16733. Wien, Mittwoch, den 22. März **1911.**

Wien, 21. März.

Das Blei sitzt in den Flügeln des Hauses. Der Auflösungsprozeß hat mit dem heutigen Tage begonnen, das Gefühl des lauernden Endes, der Gedanke, daß etwas näher heranschleiche, was plötzlich alle Mandate in Fetzen reißen und dem öffentlichen Gewissen die beredte Sprache der Wahlurne geben könnte. Menschlich war der Vorfall in der heutigen Besprechung der Obmänner voll Spannung und Bewegung. Der Ministerpräsident wurde seit einigen Wochen mit der Verschleppung der von ihm geforderten Anleihe gehänselt und geneckt. Nach dem Sturze des Herrn v. Bilinski waren in dem verschlagensten Winkel der Linken vereinzelte Leidtragende zurückgeblieben, die ihm das verlorene Portefeuille wieder verschaffen und seinem Groll gegen das jetzige Ministerium dienstbar sein möchten. Aus dieser kleinen Ecke wisperte und zischelte es fortwährend heraus, und niemand konnte recht verstehen, warum gerade von deutscher Seite den Czechen und Slovenen zugewinkt wurde, daß jetzt der Augenblick gekommen sei, mit der Anleihe auch die Regierung zu stürzen. Von deutschen Seite, das ist freilich zu viel gesagt, und der einzige Vorwurf, der dem Deutschen Nationalverband gemacht werden könnte, bestünde darin, daß er, mit der Verantwortung für das Schicksal des Volkes in bedrängter, folgenschwerer Zeit beladen, nicht Zucht und Ordnung in seinen Reihen hält und das heimliche Füßeln mit gewesenen und kommenden Ministern zuläßt. Freiherr v. Bienerth wurde mit der Anleihe auch dort gestichelt, wo er seine Stütze finden mußte. Da war es merkwürdig, die Wirkung zu sehen, als mitten in der besten Unterhaltung über den gänzlichen oder den teilweisen Aufschub der Anleihe; als mitten in der platten Kinderei, die in dem Antrage liegt, die Tilgungsrente vor Ostern zu verweigern, ein Wort fiel, das an das große Sterben erinnert, an die Rechenschaft vor den Wählern, an den vorzeitigen Tod des ersten vom allgemeinen Stimmrecht gewählten Hauses. Der Ministerpräsident hat von der Auflösung nicht gesprochen. Er sagte nur, die Regierung müsse sich vorbehalten, darüber schlüssig zu werden, was zu geschehen habe, wenn die verfassungsmäßigen Ermächtigungen bis zum Ende des Monats März nicht erteilt werden sollten; er sagte ferner, daß er zu einer solchen Situation würde Stellung nehmen müssen. Kabinettsfragen werden in gleicher Form angekündigt, und trotzdem haben die Obmänner sofort gewußt, daß an dem provisorischen Budget und an der Anleihe nicht die Ministerkrise, sondern die Parlamentskrise hänge; daß aus den Gerüchten heraus sich heute die Auflösung verdichtet habe; daß sie wohl nicht Tatsache, aber praktische Möglichkeit geworden sei. Für das Haus hat nach der heutigen Konferenz der Obmänner der letzte und vielleicht kurze Abschnitt seiner Geschichte begonnen.

Die Erklärungen des Ministerpräsidenten zeigen jedem, der sie zu deuten versteht, was sich vorbereitet. Freiherr v. Bienerth ist nicht der Mann, mit der Auflösung zu spielen, sie nur als Peitsche zu benützen und für die gewöhnlichen parlamentarischen Zwecke als Kniff zu mißbrauchen. Er hat vor einigen Tagen dem Vorstande des Deutschen Nationalverbandes erklärt, daß er nicht die Politik der Auflösung habe. Wenn er heute trotzdem in der Obmännerkonferenz mit solchem Nachdruck von den ernsten Folgen eines Zusammenstoßes zwischen der Regierung und dem Parlament sprach, so hat dies tiefe Gründe. Wie könnte eine Regierung vor den Kaiser hintreten und ihm mitteilen, daß die gemeinsamen Minister von den Parteien in der Delegation das Geld für die Schiffe und für die Armee bekommen haben, daß jedoch das österreichische Kabinett nicht in der Lage sei, die zur Bedeckung nötigen Kredite im Reichsrat durchzusetzen? Diese Anleihe ist keine bloße Geldfrage und keine bloße Finanzfrage. Damit sind Wirkungen nach außen verbunden, die jeder kennt und jeder fühlt und die gewiß dazu beigetragen haben, daß von beiden Delegationen kein Heller gestrichen wurde, obgleich der Kriegsminister in der klaren Absicht, ganz Europa mit seinen Plänen vertraut zu machen, noch die weitere Forderung von zweihundert Millionen für die nächsten fünf Jahre schon jetzt ankündigte. Da wollen die Abgeordneten und sogar manche unsichere Kantonisten der Mehrheit ihre Hände in das Getriebe, wo die äußere und die innere Politik zusammenstößt, hineinstecken? Gerade hier, an diesem gefährlichsten und heikelsten Punkt, wo kein Parlament seinen eigenen Willen zu haben wagt, möchten sie den Streit anfangen? Das sind Torheiten, die zeitweilig aus der Weltverlassenheit der parlamentarischen Couloirs zur allgemeinen Verblüffung aufflackern und sich gewöhnlich bald verflüchtigen. Der Ministerpräsident mußte auf der Anleihe bestehen und konnte sich durch die Verschleppung der Delegationskredite vor der gemeinsamen Regierung nicht beschämen lassen. Er dürfte wohl an maßgebender Stelle zur Kenntnis gebracht haben, daß diese Politik von persönlichen Spitzen nicht frei sei, weil kein sachkundiger Mensch glaube, daß die Bedeckung der Schiffe und Kanonen sofort in neuen Steuern gefunden werden könne. Die Verweigerung der Anleihe müßte daher zu Entschlüssen für oder gegen das Ministerium, für oder gegen das Haus drängen. Freiherr v. Bienerth konnte die Möglichkeit der Auflösung selbst von ferne her nur unter der Voraussetzung andeuten, daß er die Sicherheit habe, dazu berechtigt zu sein.

Die Erklärungen des Ministerpräsidenten haben eine ganz besondere Wichtigkeit. Noch in der vorigen Woche hat Freiherr v. Bienerth in der Besprechung mit dem Deutschen Nationalverbande versichert, daß er seine Politik mit dem jetzigen Hause ausführen wolle. Gewisse Eigenbrödeleien auf der Linken ermunterten jedoch zu einem Handstreich der Slavischen Union und zur Wiederholung des alten Ränkespiels, das der Ministerpräsident heute mit einem Hieb durchgeschlagen hat. Das Haus weiß jetzt, daß in wenigen Tagen die Entscheidung über seine Zukunft fallen kann; es spürt, daß jede Möglichkeit bereits erwogen wurde, und daß die Auflösung ohne Säumen verfügt werden würde, wenn die Anleihe nicht bewilligt werden sollte. Es gibt nur ein Ja oder ein Nein, und alles, was dazwischen liegen würde, alle Plänemachereien und Großtuereien sind ausgeschaltet. Freiherr v. Bienerth ist nicht bloß der Ministerpräsident dieses Hauses, sondern auch der Ministerpräsident der Wahlen und auch der Ministerpräsident des künftigen Hauses, soweit menschliche Voraussicht dies überhaupt zu bestimmen und zu erkennen vermag. Das sind Tatsachen, die jeder Partei die Pflicht auferlegen, sich ernsthaft zu besinnen, den geraden Weg nicht zu verlassen und die Frage zu prüfen, ob sie in den nächsten Wahlen sich für oder gegen das System aussprechen, ob sie im nächsten Hause in der Mehrheit oder in der Minorität sein, ob sie dem jetzigen Ministerpräsidenten mit Feindseligkeit entgegentreten oder mit Vorbehalt des Schutzes der Volksinteressen und der eigenen Würde ihn unterstützen wolle. Stimmungspolitik, ein launenhaftes Herumtollen auf Steckenpferden wäre geradezu lebensgefährlich.

Nach den Erklärungen des Freiherrn v. Bienerth mußten natürlich die Obmänner einiger Parteien schwören, daß sie die Stunde der Auflösung kaum erwarten können. Redensarten dieser Gattung gehören zum parteimäßigen Betrieb und Handwerk. Aber der tiefe Eindruck war sichtbar, als die vom Ministerpräsidenten vorgeschlagene Einteilung der Arbeit genehmigt und heute bereits im Abgeordnetenhause pünktlich eingehalten wurde, wobei leider wieder nicht wenige Mitglieder der Mehrheit selbst in dieser kritischen Zeit bei der Abstimmung fehlten und sich einer bösen Nachlässigkeit schuldig machten. Wenn das Haus wegen des provisorischen Budgets und der Anleihe aufgelöst werden sollte, wäre das ein trauriger Ausgang des ersten Volksparlaments. Denn die häufigen Debatten über Verfassungsnotwendigkeiten, wie das provisorische Budget, sind in den weitesten Schichten geradezu verhaßt. Wann hat jemals ein französisches Parlament zweimal oder gar dreimal im Jahre je vier Tage damit verschwendet, ein sogenanntes Zwölftel, das ungefähr dem provisorischen Budget gleicht, in der Obmännerkonferenz, in der ersten Lesung, im Ausschusse, in der zweiten und dritten Lesung durchzudebattieren? Wann hatte jemals die englische Regierung auch nur die geringste Schwierigkeit, sich die laufenden Kredite oder die Anleihen für bewilligte Ausgaben zu verschaffen? Das Haus sollte wirklich nicht an nutzlosen Torheiten sterben. Es muß ohnehin den heutigen Tag anmerken. Er hat die Auflösung auf die Tagesordnung gestellt, mag sie nun früher oder später zum vollen Ereignis werden. Das Haus trägt bereits das Kerbzeichen wie die Bäume des Waldes, die dazu ausersehen sind, gefällt zu werden.

☞ **Die 66. Fortsetzung des Romans „Familienglück!" von Ernst Georgy befindet sich auf Seite 25.**

Feuilleton.

Friedrich Haase.

Von Hermann Bahr.

Bei den Kollegen hieß er der Mauernweiler. Wenn er nämlich in einer Stadt erschien, stand am nächsten Tag unfehlbar im Blättchen: „In unseren Mauern weilt seit gestern ein erlauchter Gast." Denn er unterließ es nie, sich sogleich beim Blättchen anzumelden, wo denn der gefeierte Mann, im Wagen vorfahrend, lässig in einen schweren Pelz gehüllt, von der größten Wirkung sein mußte. Er verstand es sehr, den Erfolg vorzubereiten, schon in einer Zeit, wo dies noch nicht allgemein zum Handwerk gehörte. Er vergaß auch nie, sich erkenntlich zu zeigen. Es muß an die dreißig Jahre her sein, ich war noch ein ganz junger Fant und erging mich in meinen ersten kritischen Versuchen, als ich einmal über ihn schrieb, nach meiner damaligen Art recht schwelgerisch, schlemmend in Bewunderung; ich konnte die Notiz nicht namentlich unterzeichnen, weil ich sonst eingesperrt worden wäre, denn ich war damals Soldat. Sogleich erhielt das Blättchen einen Brief von ihm, es lag sein Bild bei, darauf stand geschrieben: „Meinem unbekannten Gönner." Ich erinnere mich noch so genau daran! Erst erschrak ich, dann fiel mir ein, es könnte vielleicht spöttisch gemeint sein; dies wäre mir ja noch gewissermaßen ein Trost gewesen. Und ich saß ratlos vor dem Bild des weltberühmten Künstlers mit den feinen, hochmütigen, vom Treiben der Menschen etwas gelangweilten Zügen und mit den vielen Ordenssternen; und ich schämte mich.

Haase hat in den letzten vierzig Jahren nur noch gastiert (bis auf ein paar Monate im Jahre 1883, da war er am Berliner Deutschen Theater, das er mitbegründet hatte, gleich aber wieder verließ) und immer in denselben paar Rollen. Er kam an, gab den Hofmarschall Kalb, den Königslieutenant, den alten Klingsberg, allenfalls noch den Chevalier in der verschollenen Partie Piquet oder den Marquis von Seiglière und zog ruhmbedeckt wieder weiter. Mit diesen paar Rollen hat er aber doch auf zwei Generationen sehr stark gewirkt, besonders in kleinen deutschen Städten, namentlich überall, wo eine Hofgesellschaft von alten Zeiten träumt und noch einigermaßen den Ton für ein ehrfürchtiges Bürgertum angibt. Ueber die Phantasie dieser Leute muß er also irgend eine besondere Macht gehabt haben. Zunächst wohl schon durch seine Erscheinung. Man pflegt ja überhaupt die Bedeutung des Körpers für schauspielerische Wirkungen ebensosehr zu unterschätzen, als man die seelischen Eigenschaften der Schauspieler an Wirkung überschätzt. Für viele Rollen ist eine edle Nase, wenn der Schauspieler nur halbwegs mit ihr zu hantieren weiß, oder gar ein melancholischer Tränensack mehr wert als aller innerer Adel. Strakosch pflegte zu sagen: Nur um einen halben Kopf größer, und ich wäre der größte Schauspieler unserer Zeit geworden! Ganz genau weiß man das ja nicht, aber ich konnte nie lachen, wenn ich den alten Mann, der das innere Maß für zehn Helden von heute hatte, dies sagen hörte, indem er sich dabei mit der Faust auf die Brust schlug. Bei Haase war's umgekehrt. Er hatte das Glück, so auszusehen, wie sich in der Nähe eines Hofes atmende Menschen, die manchmal sogar im Park den Großherzog aus der Ferne leibhaftig erblickt haben, einen bedeutenden Mann vorstellen; er hätte gleich auf ein Pferd gesetzt werden können, um davonzusprengen. Der Zauber wurde noch durch eine gewisse, halb ironische Leutseligkeit erhöht, mit der der Unnahbare sich, ein feines Lächeln an den schmalen Lippen, zu den Menschen herabließ und sie gleichsam zu bitten schien, doch zu verstehen, daß er nicht gewillt sei, das Inkognito zu lüften. Nun, das sind Gottesgaben, die einer mit auf die Welt bringen muß. Aber wie er sie zu verwenden und in einen künstlerischen Reiz umzusetzen verstand, darin stak nun doch wirkliche schauspielerische Arbeit. Und bewundernswert war, wie er den Sinn seines Publikums traf, indem er, sei es instinktiv, sei es durch Ueberlegung oder aus Erfahrung, erkannte, daß es für den Schauspieler gar nicht so sehr darauf ankommt, Vornehmheit oder Bedeutung zu haben, als vielmehr darauf, der Vorstellung zu begegnen, die der Zuschauer vom Vornehmen oder Bedeutenden hat. Haase spielte seine Kavaliere so, wie sich der brave Bürger denkt, daß ein echter Kavalier sein sollte; mancher wirkliche Großherzog, der ihn sah, mag neidisch geworden sein und hätte sich vielleicht, wenn das nur so einfach wäre, gern ein Beispiel an ihm genommen. Er machte sich dazu seine ganz besondere Technik zurecht. Zunächst schon für den Auftritt: man hatte sozusagen das Gefühl, ihm gehe stets ein unsichtbarer Kammerherr mit einem Armleuchter voraus, dann erst kam, in einiger Distanz, allmählich er selbst. Sein zweites Mittel war, daß er sich gleichsam mit einem Kreis von Luft umgab, in den die Mitspieler nicht eingelassen wurden, mit einer Art Aura, wie man das in der Mystik nennt; dadurch breitete sich denn auf der Bühne gleich eine geheimnisvolle Ehrfurcht um ihn aus und rann von da dann langsam ins erschauernde Parterre hinab. Nun aber hatte er dazu schließlich auch noch eine große Begabung, durch Pausen die Erwartung immer wieder so zu steigern, daß es eine wahre Erlösung war, entschloß er sich am Ende, wirklich etwas zu sagen. Dabei war er im Ton und an Gebärden von der größten Oekonomie, und wie er mit seinen Mitteln haushielt und seine Wirkungen so klug auszusparen verstand, daß sie sich mit dem kleinsten Aufwand bestreiten ließen, darin könnten alle heutigen Schauspieler von ihm lernen. Auch darf man doch nicht vergessen, daß alle diese kleinen Künste, worin er Meister war, versagt hätten, wären sie nicht mit irgend einem persönlichen Reiz, mit irgend einer inneren Kraft ausgefüllt gewesen. Solche Vorbereitungen, solche Pausen, solche Spannungen, dieses ganze Spiel von Kunstgriffen und Kunstkniffen kann ja

Präsident Taft über den Stand der Schiedsgerichtsfrage.

Wien, 21. März.

Präsident Taft hat in einer Unterredung angekündigt, daß der Meinungsaustausch zwischen den Vereinigten Staaten und England über die Schaffung eines Schiedsgerichtshofes sehr bald in das Stadium der Verhandlungen treten werde. Unter den Fragen, deren Ausschließung von der schiedsgerichtlichen Entscheidung festgestellt werden soll, hat er Gebietsfragen nicht genannt, wohl aber gewisse politische Aktionen. Er teilte auch mit, daß ihm schon von anderer als englischer Seite die Bereitwilligkeit zum Abschluß eines Vertrages ausgesprochen wurde.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

London, 21. März.

Präsident Taft gewährte dem „Daily Mail"-Korrespondenten gestern ein Interview. Der Präsident ist sehr erfreut über die Aufnahme, welche sein Vorschlag in Großbritannien gefunden hat, und ist voll Hoffnung, daß ein befriedigender Vertrag mit Erfolg zu stande gebracht werden wird. Die Angelegenheit ist noch nicht bis zu dem Stadium gediehen, das in der Diplomatie als Negoziationen bezeichnet wird, dürfte aber in relativ kurzer Zeit dahin gelangen. Der britische Gesandte hatte mit anderen Dingen zu tun, und noch mehr der amerikanische Staatssekretär Knox, zuerst mit dem kanadischen Reziprozitäts-Uebereinkommen und dann mit dem japanischen Vertrag, der eine prompte Aktion erforderte.

Mr. Knox ist nun frei für die Schiedsgerichtsfrage, und die Negoziationen werden bald auf dem Wege sein. Eine volle Darlegung der Ideen der amerikanischen Regierung ist der britischen Regierung bereits mitgeteilt worden, und als Antwort ist eine volle Darlegung der Ideen der britischen Regierung eingelaufen. Zwischen der beiderseitigen Auffassung besteht jetzt kein wesentlicher Unterschied, und es ist leicht, die Bestimmungen des Vertrages auszuarbeiten. Nach der Ansicht des Präsidenten Taft muß die Textierung sorgfältig erfolgen, um präzise die Ideen wiederzugeben, ohne zu weit zu gehen, hingegen so weit zu kommen, als man zu kommen wünscht.

Beide Regierungen erkennen klar, daß gewisse Fragen für die schiedsgerichtliche Entscheidung unmöglich sind. Damit sind nicht jene Fragen gemeint, die man gewöhnlich mit der Begründung ausschließt, daß sie die nationale Ehre berühren. Soweit der Präsident in Betracht kommt, ist er durchaus gewillt, solche Fragen der schiedsgerichtlichen Entscheidung zu unterwerfen und sie in den Rahmen des geplanten Vertrages zu bringen, aber es gibt andere Fragen von solcher Art, daß sich selbst Schiedsgerichtshöfe nicht mit ihnen befassen könnten. Es sind dies hauptsächlich Fragen der nationalen Politik, die trotzdem internationale Tragweite haben mögen. Solche Fragen könnten selbst vom umfassendsten Vertrag nicht getroffen werden, zum Beispiel die Frage, ob die Vereinigten Staaten es unternehmen sollten, die Emission von Bonds seitens der Republik Liberia zu garantieren, oder eine Frage, die sich aus dem neulich von Persien unterbreiteten Verlangen ergeben konnte, daß die Vereinigten Staaten einige Amerikaner zur Revision und Verwaltung des persischen Fiskalsystems auswählen. Es sind dies alles Dinge von geringerer Bedeutung, und es ist nicht wahrscheinlich, daß die beiden Regierungen wegen der Art, wie der vorgeschlagene Vertrag solche Fragen behandeln würde, uneins werden. Ohne Zweifel kommen mehr solcher Fragen vor die britische Regierung als vor die amerikanische, und beide anerkennen die Möglichkeit, einen Vertrag abzuschließen, der genügend umfassend wäre.

Das größte Hindernis für den erfolgreichen Abschluß des vorgeschlagenen Vertrages ist, daß der Senat bisher nicht geneigt ist, einen Vertrag, der ein allgemeines System der schiedsgerichtlichen Entscheidung vorkehrt, zu ratifizieren. Der Senat ist immer in Bezug auf seine verfassungsmäßigen Prärogative des Vertragsabschlusses eifersüchtig gewesen und hat häufig erklärt, daß er zwar einen allgemeinen Vertrag ratifizieren würde, aber nur dann, wenn der Vertrag gesonderte spezielle Verträge für jede Frage vorkehrt, wo der Senat in Aktion treten würde, denn der Senat sei nicht befugt, seine verfassungsmäßige Autorität an die Exekutive zu delegieren.

Der Präsident ist nicht dieser Ansicht, er hofft aber nicht, den Senat jetzt zum Aufgeben seines Standpunktes überreden zu können, daher muß der Vertrag mit skrupulöser Sorgfalt textiert werden, damit er alles Gewünschte erreicht, ohne im Senat Anstoß zu erregen. Der Präsident wird, wenn die Negoziationen beginnen, die Textierung des Vertrages persönlich überwachen. Kommt der Vertrag zu stande und wird er von beiden Ländern ratifiziert, so wird er ein gewaltiger Schritt zur Erreichung des Weltfriedens sein. Es wird für die europäischen Staaten leichter sein, einen solchen Vertrag mit Amerika als miteinander abzuschließen, und tritt erst ein solches Vertragsinstrument zwischen Amerika und Großbritannien in Kraft, so wird der Weg für ähnliche Konventionen zwischen den größeren europäischen Mächten offen sein. Der Gesandte einer dieser Mächte hat bereits den Präsidenten verständigt, daß sein Land gerne einen solchen Vertrag mit den Vereinigten Staaten abschließen würde, aber der Präsident will zuerst den Vertrag mit England als vollendete Tatsache haben, dann wird er bereit sein, die Schiedsgerichtsfrage mit anderen Staaten zu erwägen.

Die Stürme des heutigen Tages.

Wien, 21. März.

Solche rasche Szenenwechsel, wie sich heute einer von vormittags bis in die ersten Nachmittagsstunden vollzogen hat, sind keine Seltenheiten in unserem Abgeordnetenhause. Die Ueberzahl der Parteien und die unverhältnismäßig große Zahl von Führern, in welche Kategorie auch solche Abgeordnete gehören, die sich selbst zu Führern ernennen, sind daran schuld, daß oft falsche Auffassungen über die nächsten Aktionen des Hauses entstehen, und daß man für eine Krise hält, was nichts weiter ist als der persönliche Einfall einzelner verstimmter Abgeordneter. Eigentlich konnte niemand, der über das Verhältnis der deutschfreiheitlichen Parteien zu dem System sich eine ruhige und nüchterne Meinung bildet, darüber im Zweifel sein, daß von dieser Seite nichts geschehen wird, um tatsächliche Staatsnotwendigkeiten zu behindern oder dem Ministerium Schwierigkeiten zu bereiten in einer Angelegenheit, für welche die Delegationsbeschlüsse ein entschiedenes Präludiz geschaffen haben. Nur einzelne deutschfreiheitliche Abgeordnete haben sich für die Streichung der Tilgungsanleihe ausgesprochen, und was die Anleihe überhaupt anbelangt, so war nur der Wunsch für eine andere Form dieser Regierungsvorlage ausgesprochen worden. Die Opposition hätte es natürlich nur freudigst begrüßt, wenn gerade die deutschfreiheitlichen Parteien der Regierung bei der Anleihe entgegengetreten wären, und sofort hätte sich die große Mehrheit gebildet, von der viele träumen, eine deutsch-slavische Mehrheit gegen das System. Aber in der Beratung der deutschfreiheitlichen Abgeordneten zeigte es sich, daß man, alle Bedenken zurückdrängend, entschlossen sei, Budgetprovisorium und Anleihe genau so anzunehmen, wie es die Regierung beansprucht. Die Erklärung des Ministerpräsidenten, daß er eine Einschränkung der Vorlage nicht akzeptiere und daraus eine Vertrauensfrage mache, aus der sich ernste Konsequenzen ergeben könnten, war vollständig ausreichend, um auch nur den Schein einer Krise zu beseitigen. In der Obmännerkonferenz konnte der Ministerpräsident bereits ersehen, daß seine Erklärung auch ihre Wirkung auf die Opposition nicht verfehlt habe, wenn auch deren Vertreter sich mit großer Emphase dahin äußerten, es sei ihnen nichts erwünschter als die Auflösung des Hauses. Man darf annehmen, daß das Budgetprovisorium und die Anleihe am Mittwoch zum Beschluß erhoben sein werden, wobei es vielleicht ohne eine Dauersitzung nicht abgehen wird. Die zweite Lesung des Rekrutenkontingents, mit der es nicht so sehr eilt, wird längstens in den ersten Apriltagen erledigt sein. Bezüglich der italienischen Fakultät konnte den Italienern heute zugesichert werden, daß dieselbe unmittelbar nach den Osterferien zur zweiten Lesung gelangen werde. Die Vertreter der Slavischen Union verbargen gar nicht ihre Genugtuung darüber, daß die Erledigung vor Ostern an ihrem Widerstande gescheitert sei.

Von dem nachösterlichen Arbeitsprogramm war in der Obmännerkonferenz keine Rede. Das Budget dürfte vor Ostern höchstens im Ausschusse durchberaten sein und im Mai müßte sich das Haus in erster Linie dem Budget, der Bankvorlage und der italienischen Fakultät zuwenden. Das sind Vorlagen, bei denen der Regierung keine Schlacht, kaum ein Gefecht geliefert werden soll. Den Frontangriff gegen das Ministerium behält sich die Opposition für die Steuervorlagen vor, und ein wirklicher und politisch bedeutsamer Szenenwechsel wird bei dieser Gelegenheit erwartet. Auch in den Reihen der Mehrheitsparteien hört man jetzt Tag für Tag Aussprüche des Inhalts, daß die Votierung neuer Steuern von einem sterbenden Hause gar nicht verlangt werden soll. Man hört aber auch vielfach die Meinung aussprechen, daß auch die angekündigte Lokalbahnvorlage wegen ihrer finanziellen Tragweite noch auf große Hindernisse stoßen werde. Vielleicht sei auch dies eine Aufgabe für ein neues Haus. Vorläufig kann sich das Abgeordnetenhaus aber ruhig seinen nächsten Aufgaben widmen.

Die Auffassung der Parteien über die Situation.

Wien, 21. März.

„Ich hoffe, daß wir über diese Klippe glücklich hinübekommen werden." Mit diesen Worten hat der Obmann des Deutschen Nationalverbandes Baron Chiari heute abends das Parlamentsgebäude verlassen. Das ist auch die Auffassung der überwiegenden Mehrheit der deutschen Abgeordneten. Der Deutsche Nationalverband hat in seiner heutigen Sitzung einmütig beschlossen, alles zu tun, um die parlamentarische Situation zu klären und politische Komplikationen zu verhüten. Ueber den Plan, Streichungen an der von der Regierung beanspruchten Anleihe vorzunehmen, wurde zur Tagesordnung übergegangen. Die Gründe für das Verhalten des Deutschen Nationalverbandes sind, wie uns ein leitendes Mitglied der Partei mitteilt, die folgenden: „Der Deutsche Nationalverband ist durch die Gesetze der Logik mit der gegenwärtigen Regierung verbunden. Nun konnten wir in der letzten Zeit beobachten, daß alle sachlichen und technischen Wünsche und Forderungen, die wir gegenüber der Regierung geltend machen wollten, von gegnerischer Seite im politischen Sinne mißdeutet wurden. Als wir Deutsche in der Delegation Bedenken gegen die großen militärischen Forderungen vorbrachten, erhob sich sofort Dr. Sustersic und stellte sich und seine Partei zu Gunsten der Dreadnoughts zur Verfügung. In eine ähnliche Situation wären wir vielleicht auch jetzt geraten, wenn wir die Frage der Anleihe rein vom sachlichen und nicht vom politischen Gesichtspunkte beurteilt hätten. Die Slavische Union jedoch, die gleichsam auf dem Sprunge steht, sich als gouvernemental zu deklarieren, hat uns gezwungen, die Situation rein politisch aufzufassen, und deshalb werden wir geschlossen für die ungekürzte Bewilligung der Anleihe stimmen. Dadurch wird die Slavische Union ihrerseits genötigt sein, offen Farbe zu bekennen. Sollten die Czechen irgend einen parlamentarischen Putsch planen, dann werden sie uns nicht unvorbereitet finden. Es ist jedoch die allgemeine Auffassung, daß eine ernste Aktion der Slavischen Union gegen das Budgetprovisorium nicht im Zuge ist und daß das Haus auf Osterferien gehen wird, ohne eine Regierungskrise oder eine Parlamentskrise auf seinem Gewissen zu haben."

Gegenüber dieser Auffassung, die im Deutschen Nationalverbande herrscht, erscheinen die Verhältnisse in der Slavischen Union durchaus ungeklärt und verworren. Für morgen vormittags sind sämtliche Klubs der Slavischen Union zu Sitzungen einberufen und wollen über ihre Stellung zum Budgetprovisorium und zur Anleihe beraten. Daß dabei einheitliche Beschlüsse zu stande kommen, hält man für ganz ausgeschlossen. Bereits heute haben die verschiedenen Fraktionen der Slavischen Union im Abgeordnetenhause gegeneinander gestimmt, als es sich um den Antrag der Sozialdemokraten handelte, das Budgetprovisorium von der Tagesordnung abzusetzen. Von den beiden südslavischen Klubs ist nicht zu erwarten, daß sie der Beratung des Budgetprovisoriums Schwierigkeiten bereiten. Ein Teil der Slovenen und Kroaten ist sogar entschlossen, nicht einmal ihre Stimmen gegen das provisorische Budget abzugeben, sondern sich bei der Abstimmung zu absentieren. Einige kroatische Abgeordnete aus Dalmatien wollen direkt für das Budget stimmen. Aber auch innerhalb des Czechenklubs ist man über die einzuschlagende Taktik durchaus nicht einig. Der Kern aller Zwiespältigkeiten im slavischen Lager liegt nämlich darin, daß die czechischen Parteien selbst bei einer vollständigen Systemänderung kaum in der Lage wären, verläßliche Mitglieder einer Regierungsmehrheit zu werden. Mit Rücksicht auf die große Bedrängnis, in welche die gemäßigteren czechischen Fraktionen durch die Radikalen versetzt werden, sind die czechischen Klubs speziell hinsichtlich ihrer Steuerpolitik ganz unfrei. Sie können keine Finanzvorlagen bewilligen, die von den Radikalen zum Gegenstand einer Agitation unter der Wählerschaft gemacht würden, und sie wären im Falle einer Systemänderung in der allerärgsten Verlegenheit. Ebenso verschieden wie gegenüber einem Regierungswechsel, sind die Auffassungen der czechischen Klubs gegenüber der Eventualität der Auflösung. Als der Ministerpräsident in der heutigen Obmännerkonferenz diese Möglichkeit andeutete, brach Abgeordneter Urdzal, der Führer der Agrarier, in einen förmlichen Jubel aus. Auch die Radikalen hoffen von der Auflösung des Hauses eine Vermehrung ihrer Mandatszahl. Dagegen würde die Auflösung für die noch immer einflußreichste Gruppe der Jungczechen beinahe den politischen Ruin bedeuten. Angesichts aller dieser grundlegenden Interessengegensätze und Meinungsverschiedenheiten ist durchaus nicht zu erwarten, daß die Slavische Union gegen das Budgetprovisorium und gegen die Anleihe sich zu einer geschlossenen Aktion zusammenfinden wird.

---

nur anzuwenden wagen, wer sich ganz sicher fühlt, das Publikum damit in Atem zu halten. Es sagt sich so leicht, daß er ein Virtuose war, der es durch Mätzchen machte. Aber diese Mätzchen hat ihm mancher abgesehen, ohne daß einer je damit seine Wirkungen erreicht hätte. Es muß in ihm also doch noch irgend etwas gewesen sein, wodurch er sich ganz unmittelbar des Zuschauers bemächtigt und ihm Gehorsam abgenötigt hat. Darin glich er dem in England so großen Beerbohm-Tree, der auch durch lauter solche sonderbare Kunstmittelchen wirkt, die, hat man sie nur erst einmal erkannt, eigentlich höchst komisch sind. Jeder andere würde dadurch lächerlich, aber Sir Herbert wird nicht ausgelacht und Haase wurde nicht ausgelacht. Es mag vielleicht ihr sehr starkes Selbstgefühl, der grenzenlose Glaube an die eigene Zauberkraft sein, wodurch sich solche Schauspieler durch ihre bloße Gegenwart aufdrängen, oder auch eine geheime, für das Publikum aufgesparte Lebensenergie, jedenfalls doch etwas, was mehr als Technik ist und schon ins Gebiet der Persönlichkeit gehört, die man ihnen immer absprechen will.

Friedrich Haase hat viel dazu beigetragen, das Ansehen seines Standes zu fördern. Als ein gebildeter, gesitteter, geschliffener Weltmann überall wohl gelitten, hat er das Vorurteil widerlegt, das damals noch am Schauspieler hing. Damals, als er begann, war ja der Bewunderung für den Künstler noch Grauen beigemischt; in der Meinung braver Leute stand der Schauspieler nicht weit vom Henker. Da waren nun Männer wie Haase, solche Muster geordneter Existenzen, für den ganzen Stand ein Glück. Sozial nämlich. Ob auch künstlerisch? Ob es für die Schauspielkunst gut ist, daß heute jeder Vater es gern sieht, wenn sein Sohn diesen so geachteten kaufmännischen Beruf ergreift? Als mir der erste Bart wuchs, wollte ich durchaus Schauspieler werden und deklamierte Tag und Nacht den Franz Moor, Wurm und Jago. Mein Vater, ein rechtlicher Mann, der sich Mühe gab, nur ja kein Vorurteil zu haben, aber doch nicht sehr erfreut war, sich seinen Sohn als Komödianten zu denken, ging nun in seiner Gewissensnot zum alten Holtei, den er bat, mich zu prüfen; fände der, ich wäre begabt, so sollte mir die Zustimmung der Eltern nicht verweigert werden. Aber da sagte der gute Holtei: „Es ist ganz unnötig, daß Sie mir den Jungen bringen. Ich kann Ihnen nur raten, erlauben Sie's ihm nicht! Verbieten Sie's ihm, drohen Sie ihm mit dem väterlichen Fluch, mit Verstoßung, mit Enterbung! Denn wenn in dem Jungen ein wirklicher Schauspieler steckt, dann hilft Ihnen das alles nichts, er lacht Sie aus, samt Ihrem väterlichen Fluch, und rennt zur nächsten Schmiere und hungert lieber, um sich nur abends in einen roten Mantel einzuwickeln und mit den Augen zu rollen. Wenn ihn aber der väterliche Fluch schreckt, wenn er überhaupt überlegt, wenn er fähig ist, erst zu wählen, dann ist's kein Schauspieler und dann ist's ein Glück, wenn er keiner wird, ein Glück für ihn und ein Glück fürs Theater!" So sprach der alte Holtei, mein Vater hat mir's später oft erzählt. Und ich muß immer daran denken, wenn ich höre, wie gern jetzt Eltern ihre Kinder zum Theater schicken, weil das heute ja für die beste Versorgung gilt.